

Der Gebrauch des Sozialstaats ist das eigentliche Problem

Autor(en): **Hoffmann, Christian P.**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Schweizer Monat : die Autorenzeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur**

Band (Jahr): **91 (2011)**

Heft 987

PDF erstellt am: **17.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-735223>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Der Gebrauch des Sozialstaats ist das eigentliche Problem

Seit dem 1. Mai 2011 gilt das Abkommen über die Personenfreizügigkeit nun auch für die osteuropäischen EU-Mitgliedsländer wie Polen, Ungarn oder die Tschechische Republik. Im Vorfeld dieser Öffnung waren in der Schweiz bekannte linke und rechte Vorbehalte gegen eine liberale Einwanderungspolitik zu vernehmen. Zu Recht?

Auf der Linken sorgte man sich um mögliche Lohneinbussen der Arbeitnehmer und forderte einen gesetzlichen Mindestlohn. Richtig ist, dass eine Zunahme des Arbeitsangebots bei gleichbleibender Nachfrage in der Tendenz zu einem Absinken der Arbeitspreise führt. Dies ist jedoch eine allzu statische Betrachtung:

Es gibt nur einen Ausweg: ein Modell individueller Vorsorge.

überkommene Strukturen aufrecht und zwingt in- und ausländische Arbeitskräfte zum unfruchtbaren Kampf um bestehende Arbeitsplätze.

Auf der Rechten galten die Ängste dagegen einmal mehr einem drohenden «Sozialmissbrauch» durch dreiste Zuwanderer. Dabei wird eine interessante Gemeinsamkeit mit der Linken sichtbar, denn auch diese sorgt sich letztlich um den Erhalt des Sozialstaats angesichts offener Grenzen – von «Sozialdumping» ist hier die Rede. Linke wie Rechte dokumentieren so ihr politisches Gespür – verbunden mit einer gehörigen Prise Verlogenheit. Denn beide tasten sich nur schamhaft an ein dunkles Geheimnis unserer Sozialsysteme heran: ihre prinzipielle Unvereinbarkeit mit offenen Grenzen.

Die heutigen Sozialstaaten des Westens basieren auf kollektiven Zwangsumverteilungssystemen. Dieser Ansatz entstammt einer frühkapitalistischen Epoche, die von geschlossenen Grenzen und immobilen Arbeitskräften geprägt war. Damals kollektivierte die Politik die zuvor eigenverantwortliche Sozialvorsorge und zwang die berufstätigen Arbeitskräfte, ihre aufgrund von Alter, Krankheit oder Invalidität untätigen Mitbürger direkt zu subventionieren. Sie

stehen mehr Arbeitskräfte zur Verfügung, so entstehen auch neue Investitionschancen und Wachstumspotentiale. Die Folge sind steigende Löhne. Ein Mindestlohn wirkt dagegen wie ein Korsett – er erhält



Christian P. Hoffmann

Christian P. Hoffmann ist Assistenzprofessor für Kommunikationsmanagement an der Universität St. Gallen und Forschungsleiter am Liberalen Institut.

alle wurden so abhängig von der umverteilenden Hand staatlicher Sozialkassen.

Wenn nun aber besonders produktive Arbeitskräfte einem solchen Sozialstaat entfliehen, wie dies aktuell in Deutschland geschieht, gerät das Umverteilungsmodell ebenso ins Wanken, wie wenn eine grosse Anzahl potentieller Transferempfänger, die nie entsprechende Einzahlungen geleistet haben, einem Staat zuströmen. Da die Sozialstaaten des Westens nicht auf Sparen, sondern auf Umverteilung beruhen, erzeugen sie einen starken Anreiz, Einzahlungen zu vermeiden und Auszahlungen zu maximieren. Kein Wunder, warnt etwa der deutsche Ökonom Hans-Werner Sinn vor einer negativen Fiskalbilanz der neuen Einwanderung in die EU.

Problematisch ist somit nicht der «Missbrauch» des Sozialstaats oder ein Unterwandern seiner Standards durch Migranten, sondern schlicht sein «Gebrauch» gemäss den Regeln der heutigen Sozialpolitik. Kollektive Umverteilung kann den Bedürfnissen international mobiler Arbeitskräfte nicht gerecht werden. Je mehr Flexibilität der Sozialstaat dabei dem Arbeitsmarkt nimmt, desto gravierender fallen die negativen Auswirkungen der Einwanderung auf die Umverteilungskassen aus: dauerhafte Arbeitslosigkeit, soziale Spaltung, Frühverrentung oder Scheininvalidität gehören zu den bekannten Symptomen.

Aus diesem Teufelskreis gibt es nur einen Ausweg: den Ersatz der Umverteilungssysteme durch ein Modell des Vorsorgesprens auf Basis individueller Alters- oder Gesundheitskonten. Nur ein solcher Ansatz ermöglicht Arbeitskräften eine flexible und zuverlässige soziale Absicherung unabhängig von Migrationsentscheidungen. Indem die Politik sich aber diesen notwendigen Reformen verschliesst, bleibt sie der überholten Idee einer geschlossenen Gesellschaft verhaftet. Vermeintlich wirtschaftsfreundliche Rechte ebenso wie vermeintlich weltoffene Linke. ◀